



Länderbericht

März 2023

Auslandsbüro Spanien und Portugal

Spanien im Superwahljahr 2023

Ausgangslage

[Abstract](#)

[Einleitung](#)

[Zur politischen Ausgangslage der Parteien](#)

[Umfragen und Trends](#)

[Parteien und Koalitionsoptionen](#)

[Regionen / Katalonien](#)

[Krise der Institutionen – Krise der Demokratie?](#)

[Gesellschaftspolitik: Spaltung statt Fortschritt](#)

[Wirtschaft und Soziales](#)

[Next Generation EU](#)

[Außen- und Europapolitik](#)

[Grundsätzliches und Ausblick](#)

Einleitung

Spanien erlebt ein außergewöhnliches politisches Jahr. Am 28. Mai wird in 12 der 17 Regionen (*Comunidades Autónomas*) und in allen Kommunen gewählt. Zum 1. Juli 2023 übernimmt Spanien die EU-Ratspräsidentschaft. Zudem stehen Ende 2023 Nationalwahlen an. Der genaue Termin steht noch nicht fest.

Das Auslandsbüro Spanien der Konrad-Adenauer-Stiftung startet eine Berichtsserie mit einer Darstellung der Ausgangslage. In den kommenden Wochen und Monaten folgen vertiefende Analysen zu den Parteien, ihren Wahlprogrammen und den Wahlergebnissen.

Einen Überblick verschafft das folgende Abstract. Weitere Hintergrundinformationen finden Sie in den Kapiteln zu ausgewählten Themen- und Konfliktfeldern.

Dr. Ludger Gruber, Martin Friedek



Abstract

Politische Ausgangslage

- Seit Monaten weisen die Umfragewerte bis auf leichte Schwankungen eine relative Stabilität auf. Die Märzumfragen aller 24 privaten Meinungsforschungsinstitute sehen die oppositionelle *Partido Popular* (im folgenden *PP*) bei 30-31%, die regierende *Partido Socialista Obrero Español* (im folgenden *PSOE*) bei 24 – 26%, ihren Koalitionspartner, die linkspopulistische *Unidas Podemos* (im folgenden *UP*) bei 10 – 12 %, die rechtspopulistische *Vox* bei 14 – 16% und die liberale Partei *Ciudadanos* bei 2 – 2,5%. Das staatliche Institut *CIS* sieht als einzige die *PSOE* mit 32% vorne, und die *PP* mit ca. 4% Abstand dahinter.

- ✚ Im Vergleich zu den Vorwahlen erstarken die großen Parteien *PP* und *PSOE* wieder, ohne dass die Rückkehr zum jahrzehntelang prägenden Zwei-Parteien-System (*bi-partidismo*) festzustellen wäre. Zwar lassen die kleineren Parteien Federn, doch dürften sie bis auf die liberale *Ciudadanos* wieder ins Parlament einziehen.
- ✚ Trotz des Umfragevorsprungs der *PP* ist der Wahlausgang völlig offen. Laut den Umfragen könnte es der *PP* zwar gelingen, mehrere hunderttausend Wählerinnen und Wähler aus der enttäuschten *PSOE*-Wählerschaft zu sich zu ziehen. Andererseits zeigt eine Detailfrage zur ideologischen Selbstverortung, dass sich die Mehrheit des spanischen Elektorates links von der Mitte positioniert, was dem aktuellen Linksbündnis in der Regierung zugute käme.
- ✚ Extrapoliert man die Erfahrungen des politischen Miteinanders der ausgehenden Wahlperiode, erscheint eine große Koalition zwischen *PP* und *PSOE* derzeit ausgeschlossen. So bleiben rechnerisch nur der Linksblock zwischen *PSOE* und *UP*, wiederum ergänzt um nationalistisch-separatistische Regionalparteien auf der einen Seite, und *PP* mit Duldung durch oder Koalition mit *Vox* auf der anderen Seite.
- ✚ *PP* baut jedoch keinerlei inhaltlich-programmatische, personelle oder taktische Brücken zu *Vox*, sondern grenzt sich im Gegenteil dezidiert von dieser Partei ab. Dessen ungeachtet warnt das linke Lager im Vorwahlkampf stetig vor einem „rechtsextremen Block“, den es zu verhindern gelte.
- ✚ Die *PP* hat sich in nur einem Jahr unter Führung des ehemaligen galizischen Ministerpräsidenten Alberto Nuñez Feijóo von einer Partei im freien Fall zu einem möglichen Wahlgewinner mit realen Chancen auf die Regierungsübernahme entwickelt. Wie das Rahmenwahlprogramm für die Kommunal- und Regionalwahlen am 28. Mai 2023 verdeutlicht, platziert Feijóo die *PP* in der moderaten Mitte des politischen Spektrums.
- ✚ Mit der Neuaufstellung einer Parteistiftung unter dem Namen „*Reformismo 21*“ versucht Feijóo, Sachverstand und Impulse außerhalb der Partei zu mobilisieren und darüber die *PP* zu modernisieren.
- ✚ Die *PSOE* hat in der Koalition mit der linkspopulistischen *UP* eigenes Profil verloren. Weniger als die Hälfte ihrer Wählerschaft ist mit der Regierung zufrieden. Bei der *UP* ist dieser Wert deutlich höher. Ein Signal, dass *UP* viele ihrer Forderungen in Regierungshandeln umzusetzen vermochte.
- ✚ Die Linke spaltet sich weiter auf. Die kommunistische Arbeitsministerin Yolanda Díaz, eine charismatische und beliebte Politikerin, möchte mit einer neuen Sammlungsbewegung („*Sumar*“) aus ca. einem Dutzend linker Klein- und Splitterparteien bei den Nationalwahlen antreten.
- ✚ Der vermeintlich unaufhaltsame Aufstieg von *Vox* ist seit der Andalusienwahl im Mai 2022 gestoppt. Ihre derzeitigen Umfrageergebnisse von ca. 15% liegen deutlich unter den eigenen Erwartungen, dürfte aber ihrem Stamm-Elektorat entsprechen. Die politischen Avancen an die *PP*, gemeinsam das Linksbündnis zu bekämpfen, werden von der *PP* zurückgewiesen.
- ✚ Die liberale *Ciudadanos* wird aus dem Parlament ausscheiden. Der sich seit Jahren vollziehende Niedergang beschleunigte sich in den vergangenen Monaten. Anstelle einer konzisen Neuaufstellung erging sich dieser einstige Shooting-Star der spanischen Politik in interne Querelen, Führungsstreitigkeiten und Abspaltungen.

Regionen / Katalonien

- ✚ Noch regiert die sozialistische *PSOE* in der Mehrzahl der Autonomen Regionen, doch sehen die Umfragen in vielen Regionen *PSOE* und *PP* nahezu gleichauf.
- ✚ In Katalonien wird im Mai 2023 nur kommunal gewählt. Gleichwohl finden die Entwicklungen insbesondere in Barcelona auf dem Hintergrund der unverändert vorhandenen Separationsbewegung besondere Aufmerksamkeit. Zwar verliert die linksaußen positionierte regierende Regionalpartei *ERC* an Zustimmung, doch wird die Linke im Verbund mit der *PSC/PSOE* und einer linkspopulistischen Wahlplattform *BComú* weiter regieren können.
- ✚ Das bürgerliche Lager ist zersplittert. Zwar verbucht die dortige *PP* eine minimale Verbesserung um ca. 4% auf 8,9%, sie bleibt aber weit von jeglicher Gestaltungsoption entfernt. Mehr noch, mit einer neuen bürgerlichen Partei namens „*Valents*“ entsteht eine neue politische Konkurrenz. Diese ist noch klein (ca. 3,5%), doch engagieren sich dort vornehmlich junge Menschen.
- ✚ Ministerpräsident Sánchez hat seinen hohen politischen Preis für die Unterstützung seiner Nationalregierung durch nationalistisch-separatistische Gruppierungen Kataloniens bezahlt, in dem er strafrechtliche Zugeständnisse nur für diese Gruppierung Gesetz werden ließ. Die Abschaffung des Tatbestandes der „Aufruhr“ und die Veränderungen der Tatbestände der „Veruntreuung öffentlicher Mittel“ kommen den inhaftierten oder verurteilten Separatistenführern zugute. Der Rest des Landes und verfassungstreue Katalanen kritisieren diese Reformen heftig. Sánchez glaubt, durch diese Zugeständnisse die Katalonienfrage endgültig gelöst und befriedet zu haben. Worte und Taten der Separatisten in Katalonien belegen, dass diese Annahme ein Trugschluss ist. Das Thema bleibt auf der Tagesordnung.

Demokratie und Institutionen

- ✚ Die lange Zeit blockierten und umstrittenen Besetzungsverfahren am Obersten Gerichtshof und im Generalrat der Judikative lösten intensive Debatten über eine zunehmende „Politisierung der Justiz“ als weiteres Beispiel für eine schleichende Entwertung der Institutionen in Spanien aus.
- ✚ Die Verknüpfung dieser fachspezifischen Fragen mit anderen Gesetzesvorhaben und Eilverfahren durch die Links-Regierung weitete das Thema zum Jahreswechsel 2022/2023 zu Organstreitigkeiten zwischen den Gewalten aus. Die politischen Lager warfen sich gegenseitig vor, die Demokratie zu beschädigen bzw. sahen sich selbst als die Wahren der wahren Demokratie. Mittlerweile sind die Besetzungen erfolgt. Das Thema ist zwar aus den Schlagzeilen verschwunden, doch dürfte der Konflikt noch lange nachhallen.

Gesellschaftliche Spaltung

- ✚ Der kleinere Koalitionspartner *UP* trieb auf der Zielgeraden der Regierungsperiode die Verabschiedung unterschiedlicher Gesetze zum Themenspektrum „Schutz von Frauen und sexuelle Selbstbestimmung“, „Gesetz zur Stärkung der Rechte transsexueller Menschen“ bis hin zum Tierschutz voran.
- ✚ Insbesondere das Gesetz zur sexuellen Selbstbestimmung, in Kurzform „Nur ein Ja ist ein Ja“ genannt, schlägt seit Wochen erhebliche politische und gesellschaftliche Wellen.

Handwerklich nach einhelliger Meinung schlampig gemacht, führte die Abschaffung der Unterscheidung zwischen Missbrauch und sexueller Aggression und die Angleichung der Straftatbestände im Ergebnis dazu, dass in den wenigen Monaten seit Inkrafttreten des Gesetzes bis aktuell Ende März 2023 über 700 verurteilte Sexualstraftäter eine Strafminderung und über 80 sogar eine Freilassung erwirken konnten.

- ✚ Skandalträchtiger als das Gesetz an sich ist die Weigerung von *UP*, dieses zu korrigieren. Die zuständige Ministerin Montero machte eine „faschistische“ und „machistische“ Richterschaft für das Desaster verantwortlich. Der größere Regierungspartner *PSOE* hingegen hatte sich nach langem Zögern zur Korrektur entschlossen, weil der innerparteiliche Protest immer mehr anschwellte. Im Ergebnis haben die Koalitionspartner gegeneinander gestimmt. Die Korrektur wurde nur mit den Stimmen der oppositionellen *PP* möglich.

Wirtschaft und Soziales

- ✚ Spanien scheint wirtschaftlich augenscheinlich gut durch die Nach-Corona-Zeit zu kommen. Rekordwerte bei den Auslandsinvestitionen, eine hohe Erwerbsquote, höhere Renten etc. werden von der Linksregierung als Belege für diesen „Erfolg“ aufgeführt.
- ✚ Bei näherem Hinsehen zeigt sich aber, dass die Fakten im Langzeitvergleich nicht mehr so positiv sind. Die sogenannten Rekordinvestitionen sind absolut gesehen noch 38% niedriger als 2018. Die Arbeitslosenstatistik gilt nach einem neuen Berechnungsverfahren als geschönt und nicht realistisch, wie z.B. eine halbe Million Saisonarbeiter nicht mehr aufgeführt sind.
- ✚ Für die Zukunft Spaniens problematischer ist, dass sich die neue „Umverteilungspolitik“, die laut Ministerpräsident „Sánchez“ die herkömmliche „orthodoxe Wirtschaftspolitik“ endgültig ablöst, auf kostspielige Sozialleistungen stützt. Eine Rentenerhöhung um 8% erfreut die gegenwärtigen Rentenbezieher, belastet aber die zukünftige Generation erheblich.
- ✚ Die Staatsverschuldung ist unverändert hoch, Spanien besitzt immer noch ein relativ schlechtes Schuldenrating (Fitch:A-/ Moody's: Baa1/ S&P: A). Die öffentlichen Ausgaben sind gestiegen, die Linksregierung hat keinerlei Einsparbemühungen unternommen.
- ✚ Spanien profitiert von der hohen Summe von ca. 160 Mrd.€ Mittel aus dem Programm Next Generation EU bis 2027. Ca. 22 Mrd.€ pro Jahr erlauben Investitionen in einem Ausmaß, zu dem die spanische Wirtschaftskraft alleine nicht annähernd in der Lage wäre. Immer wieder gibt es Berichte über administrative Schwächen in der Umsetzung und ausbleibende Auszahlungen. Der Haushaltskontrollausschuss des Europäischen Parlaments moniert den Mangel an Transparenz, die Langsamkeit und die defizitäre Zusammenarbeit mit den Autonomen Gemeinschaften.

Außenpolitik / EU-Ratspräsidentschaft

- ✚ Ministerpräsident Sánchez hatte vor einem Jahr gleichsam über Nacht ohne politisch-parlamentarische Abstimmung die bis dato geltende Neutralitätsstrategie Spaniens gegenüber dem Westsahara-Konflikt aufgegeben und eine 180-Grad-Wende vollzogen. Offenbar war und ist das Druckpotenzial Marokkos bei der Kontrolle der Grenzübertritte von illegalen Flüchtlingen in den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla hoch. Einer Steigerung des Handels mit Marokkos steht eine bilanziell noch höhere Einbuße des Handels mit Algerien gegenüber, das sich äußerst verärgert über die spanische Neuausrichtung zeigte und nunmehr mit Frankreich, Italien oder Griechenland neue (Energie-) Partnerschaften sucht – zum Schaden Spaniens.
- ✚ Zweimal reiste Ministerpräsident Sánchez nach Kiew, um der Ukraine die Unterstützung Spaniens zuzusichern. In seiner Außenkommunikation überdeckte Sánchez immer wieder die Spannungen innerhalb seiner eigenen Regierungskoalition, weil sich sein Regierungspartner *UP* öffentlich gegen das 2%-Ziel der Nato und gegen die Lieferungen militärischer Ausrüstung

- Erwähnenswert ist die Antwort auf die Frage nach der ideologischen Selbstverortung der Wählerinnen und Wähler. Die graphische Darstellung der Antworten zeigt keine klassische „Glocke“, d.h. mit der höchsten Verteilung der Werte in der Mitte. Das Elektorat in Spanien positioniert sich offenbar mehrheitlich links der Mitte: Nur 30% sehen sich im Zentrum, 40% links und nur 13% rechts.
- Die Verschiebung der politischen Selbstverortung zeigt, wie stark sich Spanien weltanschaulich in nur wenigen Jahrzehnten verändert hat. Das rein Konservative, gar Restaurative hat keine maßgebliche politische Relevanz. Die vor allem von den Linken aufgestellte Behauptung, die PP und die Konservativen seien die Franquisten von gestern, ist empirisch nicht belegbar.
- Bei den transversalen Teilfragen in den Umfragen gibt es interessante Befunde. 23% der *PSOE*-Wählerschaft sieht bereits in Feijóo den neuen Regierungschef. *PSOE*-Anhänger sind unzufriedener mit der Koalition als *UP*-Anhänger, die offenbar einen großen Teil ihrer politischen Vorhaben als umgesetzt einschätzen.

Parteien und Koalitionsoptionen (auf nationaler Ebene)

Nimmt man die erhebliche Polarisierung in der Politischen Kultur in Spanien und die Schärfe des Dauer-Duells zwischen *PSOE* und *PP* als Grundlage, ist eine Große Koalition zwischen diesen Parteien derzeit nicht denkbar. Die aktuelle Parteiführung der *PSOE* unter Pedro Sánchez bevorzugt eine Koalition oder einen Pakt mit der linksextremen, kommunistischen Wahlkoalition *UP*, mit politischen Nachfolgeorganisationen der Terrorbewegungen wie der baskischen linksextremistischen Partei *EH-Bildu* oder mit noch heute separatistischen politischen Kräften wie *ERC* in Katalonien.

Umgekehrt möchte die *PP* eine Regierungskoalition mit *Vox* unter allen Umständen vermeiden. Es gibt keinen inhaltlichen, programmatischen oder taktischen Brückenbau der *PP* zu *Vox*. Feijóo strebt das Vorbild „Andalusien“ an, d.h. wählbar sowohl für konservative *Vox*-Anhänger als auch für gemäßigte *PSOE*-Anhänger zu sein und die absolute Mehrheit anzustreben. Wo dies zunächst in den Kommunal- und Regionalwahlen Ende Mai 2023 nicht gelingen sollte, können die regionalen Parteiführungen frei entscheiden, welche Koalitionen oder Duldungsmodelle sie wählen.

Ein Beispiel für die Strategie der *PP*, eine Partei der Mitte zu sein und Distanz zur *Vox* zu wahren, ist ihr Verhalten im Misstrauensvotum vom 21. und 22. März 2023. *Vox* hatte die Debatte über ein Misstrauensvotum erwirkt und dafür den 89-jährigen, ehemals kommunistischen Wirtschaftsprofessor Ramón Tamames als besonders glaubwürdigen Kritiker der Regierung Sánchez und als vermeintlichen neuen Ministerpräsidentenkandidaten aufgeboden.

Dieses Misstrauensvotum löste allgemeines Kopfschütteln hervor. Die Kritik reichte von einer Posse oder einer Zirkusvorstellung bis hin zum Vorwurf, die Demokratie und ihre Institutionen zu beschädigen. Im Ergebnis war klar, dass *Vox* kein Erfolg haben würde. Statt die Regierung Sánchez zu schwächen, wurde ihr eine Bühne geboten, auf der Ministerpräsident Sánchez stundenlang seine Regierungsleistungen ausbreitete. Für die *PP* war die Ausgangslage schwierig. Hätte sie mit *Vox* gegen Sánchez gestimmt, hätte sie das Narrativ der Linken bedient, die schon seit Monaten vor einer „rechtsextremen Front“ (gemeint ist *PP* und *Vox*) warnen. Hätte die *PP* im Gegenzug mit den Sozialisten gestimmt, hätte sie sich in ihrer Wahlkampagne unglaubwürdig gemacht. Deshalb enthielt sich die *PP* der Stimme, ihr Vorsitzender Feijóo blieb der Veranstaltung fern. Feijóo ist Senator, kein Parlamentsabgeordneter.

Partido Popular

Die Umfragewerte der *PP* sind ein Erfolg für den neuen Vorsitzenden Alberto Núñez Feijóo, der nunmehr ein Jahr im Amt ist. Noch im März 2022 prägten Flügelkämpfe zwischen dem damaligen Vorsitzenden Pablo Casado und der Regierungschefin der Autonomen Gemeinschaft Madrid, Isabel Ayuso, die Partei. In Umfragen befand sich die Partei im freien Fall.



Feijóo hat es geschafft, die zentrifugalen Kräfte (zunächst) zu beruhigen und auf das gemeinsame Ziel des Machtwechsels einzuschwören. Dazu trägt seine jahrzehntelange Erfahrung als viermal mit absoluter Mehrheit

gewählter Regierungschef von Galizien bei. Er bindet selbst exponierte Personen wie Isabel Ayuso geschickt mit ein, auch wenn diese immer wieder mit nicht abgestimmten Positionierungen auffällt. Eine maßgebliche Rolle Ayusos in der Strategie der Gesamtpartei, wie häufig in Medien dargestellt, ist jedoch in der Praxis nicht konkret zu beobachten. Sie ist weder im Parteivorstand noch in anderen Schlüsselfunktionen, um diese Rolle auszufüllen. Auch lässt sich nicht erkennen, dass sich ihre inhaltlichen Positionen übermäßig in Papieren oder Diskussionsbeiträgen anderer Spitzenpolitiker (-innen) widerspiegeln würde. Aufgrund ihrer zuweilen drastischen Wortwahl („Sánchez als Diktator“) oder ihrem fast schon personalisierten Dauerkampf gegen Sánchez erfreut sie sich einer überproportionalen medialen Präsenz, was zu einer gewissen Überschätzung ihrer Person führt.

Mit seiner Ankündigung auf einer Wahlveranstaltung in Valencia, im Falle einer Wahlniederlage zurückzutreten, geht Feijóo ein hohes persönliches Risiko ein. Er geht also „*all-in*“, was für den langfristigen Aufbau der Partei vielleicht etwas voreilig war und auf deren weitere Regeneration belastend wirken könnte.

Als Erfolgsmodell galt und gilt ein moderates, gemäßigtes Politikangebot, das Wählerinnen und Wähler von rechts und links integrieren soll. Die *PP* versucht die Wählerschaft auch mit einem taktischen Argument zur Wahl zu überzeugen, der sogenannten „nützlichen Stimme“ (*voto útil*). Demzufolge sei eine Stimme für *Vox* oder *Ciudadanos* eine verlorene Stimme. Wer Sánchez und *UP* von der Macht entfernt sehen wolle, müssen demnach die *PP* in eine möglichst starke Position bringen.

In Richtung der *PSOE*-Wähler wird argumentiert, dass nur eine Stimme für die *PP* den Einfluss von *Vox* schmälern oder gar verhindern könne. Die *PP* hofft auch auf konservativ denkende, enttäuschte *PSOE*-Wähler, die ihre ehemals stolze und große Arbeiterpartei nicht länger in einer ideologischen Geiselhaft von *UP* und von den nationalistischen, separatistischen Parteien im Baskenland (*PNV, EH Bildu*) und in Katalonien (*Junts, Esquerra Republicana*) sehen möchten.

Obwohl *Vox* von ehemaligen *PP*-Funktionären gegründet wurde, sieht man in der *PP*-Parteizentrale *Vox* als politischen Gegner. Darüber täuscht auch nicht hinweg, dass viele Themen wie eine starke Wirtschaft, die Einheit Spaniens, eine geordnete Einwanderung, die Rolle der Familie etc. gleichermaßen für relevant gehalten werden. Man lehnt jedoch die exkludierende Klientelpolitik und die Radikalität von Sprache und Lösungen ab. Die *PP* will - in deutsche Kategorien übersetzt - eine Volkspartei der Mitte bleiben und noch stärker werden.

Ein Rahmenwahlprogramm für die Kommunal- und Regionalwahlen ist jüngst veröffentlicht worden. Es unterstreicht die allgemeinen Linien einer Partei der Mitte. Derzeit überwiegt die Kritik an der Regierung Sánchez, eigene Botschaften oder gar Lösungen sind erst in Umrissen erkennbar. Die Partei kann an die Ergebnisse der Kommissionen zur Europapolitik, zur Wirtschafts- und

Sozialpolitik etc. anknüpfen, die unter dem früheren PP-Vorsitzenden Pablo Casado erarbeitet worden waren. Man ist sich aber bewusst, dass man eine Weiterentwicklung bis hin zur Neuorientierung benötigt.

Dazu hat Feijóo Mitte März die Neuaufstellung der parteinahen Stiftung „*Concordia y Libertad*“ bekanntgegeben. Ihre Neubenennung in „*Reformismo 21*“ soll das Signal sein, dass die neuen Probleme nicht mit alten Lösungen überwunden werden können. Ein weiteres Signal der Öffnung ist die Tatsache, dass ca. 80% der Mitglieder eines Beirates (*Consejo Asesor*) keine PP-Parteimitglieder sind, wohl aber ausgewiesene Fachleute wie die ehemalige Arbeitsministerin Fátima Báñez, der Bildungsexperte Gregorio Luri, nicht zuletzt der neue Stiftungsvorsitzende Pablo Vázquez, ehemaliger Präsident der spanischen Eisenbahngesellschaft RENFE. Die Erwartungen sind hoch: Die Stiftung soll Impuls- und Ideengeber, Think Tank, aber auch Lösungsanbieter für das Regierungsprogramm der PP werden.

Partido Socialista Obrero Español

Die PSOE hat in der gegenwärtigen Koalition am stärksten an Profil verloren. Nicht von ungefähr empfinden 21,8% der PSOE-Wähler die Arbeit ihrer Regierung als unbefriedigend und weniger als die Hälfte halten diese für gut oder sehr gut. Bei UP ist die Ablehnung mit 11,7% deutlich geringer und die Zustimmung mit 68,8% deutlich größer – ein Indiz, dass deren Anhänger viele ihrer Vorhaben umgesetzt sehen.² Viele, vor allem ältere PSOE-Anhänger irritiert, dass ihre Partei sich von den nationalistischen Regionalparteien eine Politik für die inhaftierten Separatistenführer diktieren lässt, es duldet, dass ihr Koalitionspartner die Monarchie oder – noch relevanter, den gesamten Transformationsprozess von der Franco-Diktatur hin zur Monarchie als nicht gelungen in Frage stellt. Es brodelt zwischen den Vertreterinnen des klassischen Feminismus in der PSOE und den radikaleren Feministinnen von UP (siehe Abschnitt Gesellschaftspolitik).

Beobachter sprechen von einer gewissen Erschöpfung der Linken, die nach den Regierungsjahren sichtbar würde. Die Linke würde Opfer ihrer Erfolge. Vieles sei umgesetzt, vieles sei Mainstream geworden. Dazu zählt beispielsweise die Überzeugung, dass der Staat steuernd, regulierend - bis hin zur Preisbildung - in die Wirtschaft eingreifen müsse und dürfe. Es fehlten neue Projekte, um Kontinuität in der Macht zu sichern.

Allerdings ist gegenwärtig der Abstand in den Umfragen zu gering, um den Ausgang der Wahlen als gleichsam gesetzt anzusehen. Zwar hätten die aktuellen internen Streitigkeiten innerhalb der Linkskoalition zu Kernthemen wie Sicherheit, Frauenpolitik oder Wirtschaft nach deutschen Maßstäben bereits für einen mehrfachen Bruch der Koalition ausgereicht, doch konnte bei der Abwehr des Misstrauensvotums beobachtet werden, dass sie auch wieder zusammenrücken können, um an der Macht zu bleiben und sich eine Machtoption zu erhalten.

Gleichwohl ist eine gewisse Nervosität in der PSOE wegen des drohenden Machtverlustes unübersehbar. Kennzeichen ist ein beispielloses *negative-campaigning* im vergangenen Sommer, als Ministerinnen und Minister in einer offenbar konzertierten Aktion über mehrere Wochen direkte, persönliche Angriffe gegen Feijóo lancierten, um seine Glaubwürdigkeit zu diskreditieren. Ein weiteres Beispiel: Es gab eine Reihe von Fotos in den Medien, die Sánchez in vermeintlich zufälligen Begegnungen mit dem Volk, konkret mit älteren Herrschaften im Park auf der Bocchia-



² Alle Zustimmungswerte aus: El Panel, Sigma Dos, El Mundo, 6.März 2023: <https://www.elmundo.es/e-spana/encuestas/2023/03/06/6404da8521efa09b548b458c.html>

Bahn, mit jungen Leuten im Wohnzimmer oder im Gespräch auf der Straße mit Inhabern kleiner Geschäfte zeigen. Schnell stellte sich heraus, dass diese Bilder mit *PSOE*-Aktivisten arrangiert und damit gestellt waren.

Ciudadanos

Die liberale *Ciudadanos* hat nach sämtlichen Umfragen im Moment keine Chance auf den Einzug in die *Cortes*. Der einstige Senkrechtstarter hat es nicht vermocht, frühere strategische Fehler, wie das Ausschlagen der Regierungsbeteiligung mit der *PSOE* nach den Parlamentswahlen im April 2019, oder den versuchten „Sorpasso“ der *PP* bei der Wahlwiederholung im November 2019 vergessen zu machen. Interne Streitigkeiten und vor allem Personalquerelen in der Führungsspitze haben seitdem zu einem weiteren Absturz beigetragen. Noch vor wenigen Monaten zerstritt man sich um die Frage, ob es einer quasi neuen Partei mit neuer Programmatik, neuem Logo etc. bedürfe oder ob man sich innerhalb der bekannten Strukturen reformieren könne. Es gab Abspaltungen, Austritte und nicht legitimierte Nebengruppen, die auf Plattformen initiativ wurden, um zu retten, was offenbar nicht mehr zu retten ist.

Weitere Aufspaltung der Linken: Sumar

Als der ehemalige Vorsitzende von *Podemos*, Pablo Iglesias, im März 2021 seine Kandidatur in der Autonomen Gemeinschaft Madrid bekanntgab, um als Spitzenkandidat von *Podemos* bei den Regionalwahlen gegen Isabel Ayuso (*PP*) anzutreten, ernannte er überhastet die Arbeitsministerin Yolanda Díaz von der Kommunistischen Partei Spaniens zu seiner Nachfolgerin als Stellvertretende Regierungschefin. Iglesias scheiterte in Madrid mit seinem Ziel, eine Regierung der *PP* zu verhindern, weshalb er von allen Posten zurücktrat. Seitdem etablierte sich Díaz als eine bekannte Politikerin auf nationaler Ebene. Auch wenn Díaz Kommunistin ist und ihre Positionen damit aus der gesellschaftlichen Mitte heraus sehr kritisch gesehen werden, pflegt sie doch einen konzilianteren Politikstil als ihre Kolleginnen Ione Belarra und Irene Montero von *Podemos*, was in der Öffentlichkeit, den Medien und beim Koalitionspartner *PSOE* gut ankommt.

Díaz gibt daher am 2. April 2023 ihre eigene Wahlplattform „*Sumar* („Zusammenschließen“)" bekannt, mit der sie zu den nationalen Parlamentswahlen antreten will. Rund ein Dutzend links-außen-stehender Parteien (darunter *Izquierda Unida*, *Catalunya en Comú*, *Más Madrid*, *Más País*, *Chunta Aragonesista*, *Batzarre*) werden der Veranstaltung beiwohnen. *Podemos*-Generalsekretärin Ione Belarra fordert jedoch, dass sich *Sumar* vorab auf eine Wahlkoalition mit ihrer Partei einlassen und Urwahlen über alle Kandidatenlisten versprechen müsse, damit *Podemos Sumar* unterstütze. *Podemos*, die sich in einem Umfragetief befindet, käme der Markenname *Sumar* sehr recht, will jedoch keinen Einfluss einbüßen. Welche Ideologie sich in dieser Wahlplattform durchsetzen wird, ist noch offen.³

Vox

Diese Partei ist der Außenseiter, von der sich alle übrigen Parteien abgrenzen. Sie spricht sich gesellschaftspolitisch für das traditionelle Familienbild, gegen Abtreibung, gegen Gendern, gegen das Transsexuellengesetz und gegen den Feminismus aus. Die Einheit Spaniens und

³

Aus politikwissenschaftlicher Sicht scheint die Einordnung von *Podemos* nicht nur als linkspopulistischer, sondern auch als linksextremer Partei durch Äußerungen ihrer führenden Repräsentanten gerechtfertigt. Es gibt Elogen auf „die noblen Prinzipien des Kommunismus“ seitens des ehemaligen Parteivorsitzenden Pablo Iglesias, zugleich eine mangelnde oder gar ausbleibende Distanzierung von totalitären wie autoritären Regimen. Es ist innerhalb und außerhalb in Teilen der Öffentlichkeit, Medien und Linksparteien eine geradezu romantisierende Behandlung von UP als „Fortschrittspartei“ (*progresistas*) festzustellen. Tatsächlich zeigt das politische Handeln der Ministerinnen und Minister von UP autoritäre Tendenzen. Gesetze erscheinen als Instrument, die Gesellschaft notfalls zwanghaft „von oben“ zu verändern.

überhaupt die Verteidigung des „Nationalen“ und des „Spanischen“ ist ein weiterer Themenschwerpunkt. In diesem Kontext geht Vox so weit, ein Verbot separatistischer Parteien zu erwägen. Dezidiert vertritt sie Forderungen nach mehr Recht und Ordnung und macht illegale Einwanderung für den Anstieg der Kriminalität verantwortlich.

Regionen

Die heiße Phase für die Regional- und Kommunalwahlen am 28. Mai 2023 hat begonnen.

Die *PSOE* regiert aktuell in der Mehrzahl der Regionen, hat demzufolge viel zu verlieren. Im Baskenland und Katalonien bleibt die *PP* in ihrem Image als wenig beliebte, zentralspanische Randpartei verhaftet. Es gibt jedoch eine Reihe von Autonomen Gemeinschaften, in denen die Umfragen *PSOE* und *PP* nah beieinander sehen. In vielen dieser Regionen regiert die *PSOE* mit teils mehreren Splitterparteien, was vielerorts zu Streit und Ermüdungserscheinungen führt. Zu den Regionen, in denen die *PP* diese Vielparteienkoalitionen überholen könnte, gehören Valencia, Aragón, La Rioja, Castilla-La Mancha, Navarra und die Balearen.

Katalonien



In Katalonien wird am 28. Mai 2023 nur auf Kommunal-ebene gewählt, denn die Regionalwahlen fanden zuletzt am 14. Februar 2021 statt und werden erst 2025 turnusgemäß wiederholt. Trotzdem sind die aktuellen Vorgänge in der zweitbevölkerungsreichsten und zweitgrößten Wirtschaftsregion Spaniens auch stets als übergeordnete Projektionsfläche für politische Debatten und Auseinandersetzungen in anderen Autonomen Gemeinschaften und auf der nationalen Ebene relevant.

Bei den nationalen Parlamentswahlen wird fast ein Siebtel (48 von 350 Abgeordnete) aller Mandate in Katalonien vergeben. Die *PSC* hatte zwar 2021 die Regionalwahlen mit einer relativen Mehrheit gewonnen, gleichwohl wird Katalonien derzeit von der separatistischen Parteien *ERC* regiert, die zu Beginn der Legislaturperiode von der nationalistischen *Junts per Catalunya* (*Junts*) gestützt wurde. Beide arbeiten weiterhin auf die Unabhängigkeit hin.

In Barcelona regiert seit 2015 die Bürgermeisterin Ada Colau, die zugleich Vorsitzende der links-populistischen Wahlplattformen *Barcelona en Comú* (*BComú*) und *Catalunya en Comú* ist, in Form einer Minderheitsregierung.

In den Umfragen verliert die regierende, linksaußen stehende *ERC* in Barcelona und fällt auf 15,8%, ihr Partner *BComú* kommt auf 19,2%, die *PSC/PSOE* verbessert sich leicht auf 20,5%, die ethnisch-nationalpopulistische Partei *JxCat* verdoppelt ihre Umfragewerte auf 20,4%.

Das bürgerliche politische Lager in Barcelona ist zersplittert. Die liberale Partei *Ciudadanos*, für die Katalonien Gründungsort und Hochburg war, stürzt in den Umfragen um 10% auf 2,8% ab. Die *PP* gilt spätestens seit der seinerzeitigen konsequenten Reaktion der Zentralregierung in Madrid unter dem PP-Ministerpräsidenten Mariano Rajoy als katalonienfeindliche, zumindest – fremde Partei. Immerhin kann sie sich in Umfragen mit ihrem Spitzenkandidaten David Sirera und aufgrund des positiven Feijóo-Effektes leicht um 3% auf 8,4% verbessern.

Eine Wahlkoalition namens *Barcelona del Canvi* ist zerbrochen, an der *Ciudadanos* beteiligt war. Die Stadträtin Eva Parera transformierte diese Wahlkoalition im Dezember 2021 in eine neue, liberal-konservative Partei namens *Valents*, zu der seit 2021 über hundert lokale Amtsträger aus *Ciudadanos* und *PP* übergelaufen sind und die in der aktuellen Wahlperiode noch mit zwei Mandaten im Stadtparlament vertreten ist. Nach aktuellen Umfragen kommt die noch unbekannte *Valents* auf 3,2 %, würde aber den Einzug ins Stadtparlament von Barcelona nicht schaffen. Offen

ist, inwiefern sich diese durchaus dynamische, junge und ambitionierte Partei in der Fläche etablieren kann. Im Ergebnis setzt sich jedoch die Parteienzersplitterung im „verfassungstreuen“ liberalen und liberal-konservativen Milieu weiter fort.

Der Einzug der rechtspopulistischen *Vox* ins Stadtparlament ist dabei keineswegs gesichert. In den Umfragen liegt die Partei momentan bei 4,4 % bis 4,5 %. Verbessert sie ihr Endergebnis leicht, könnte sie auch bis zu zwei Mandate gewinnen.

Beobachter erwarten von den Kommunalwahlergebnissen in Katalonien am 28. Mai einen Hinweis darauf, inwieweit die Appeasement-Politik der nationalen Minderheitsregierung von *PSOE* und *UP* in Madrid gegenüber den separatistischen katalanischen Linksrepublikanern (*Esquerra Republicana, ERC*) für die katalanischen Sozialisten (*PSC*) Früchte tragen wird. Die Regierung Sánchez hat wiederholt einen hohen politischen Preis für die Zustimmung von *ERC* zu ihren (Haushalts-) Gesetzen gezahlt.

Dazu zählen die hoch umstrittenen, aber bereits als Gesetz verabschiedeten Strafrechtsreformen (die Abschaffung des Tatbestandes der Aufruhr und die Herabsetzung des Strafmaßes für „politische“ Korruption), die Begnadigung rechtskräftig verurteilter Separatisten entgegen der Einschätzung der Justiz sowie die Erhöhung der Subventionszahlungen des Zentralstaates an Katalonien.⁴

Ministerpräsident Sánchez argumentiert, dass er mit diesen Gesetzen den Katalonien-Konflikt befrieden würde. Tatsächlich sprechen sich laut Umfragen „nur“ noch 38% für die Unabhängigkeit Kataloniens, während 52 % angeben, dass sie in einem vermeintlichen Referendum dagegen stimmen würden (ICPS). Wie wenig tragfähig dieser kurzfristige und politisch teuer erkaufte Burgfrieden ist, zeigen öffentliche Äußerungen der Elite der Sezessionsbewegung, also die Parteiführungen der linksrepublikanischen *ERC*, der nationalistischen *Junts* und der anarchistischen *CUP*. Die *CUP* fordert seit langem, umgehend und ohne Umschweife einseitig mit dem spanischen Staat zu brechen. *Junts* verfolgt weiterhin eine „nicht-gewalttätige Konfrontationspolitik mit dem spanischen Staat, um die Unabhängigkeit zu erreichen“. Den „Verhandlungstisch“ mit der Zentralregierung, den Ministerpräsident Pedro Sánchez (*PSOE*) und Regionalpräsident Pere Aragonès (*ERC*) im Juli 2022 einrichteten, hält *Junts* für aussichtslos. Nur Aragonès vertraut noch darauf, ein mit der Zentralregierung paktiertes Unabhängigkeitsreferendum zu erreichen. Die Linksrepublikaner schließen jedoch zugleich nicht aus, im Falle des Scheiterns auch erneut einen unilateralen Weg zu beschreiten.

Unterfüttert werden diese Maximalforderungen durch eine Bildungs-, Kultur- und Schulpolitik, die über ein rigides Zurückdrängen des Spanischen und über die zwanghaft eingeforderte Verwendung des Katalanischen in Universitäten und Bildungsinstitutionen die Hoheit über die Köpfe der zukünftigen Generation erringen möchte. Zahlreiche Klagen insbesondere von Eltern sind anhängig. Dies geschieht auch trotz der Tatsache, dass zunehmend internationale Studenten, einstmals begeisterte Katalonien- und Barcelona-Anhänger, fernbleiben.

Im Oktober 2022 schied *Junts* nach einer Mitgliederbefragung aus der Regionalregierung aus, seitdem regiert *ERC* in Form einer Minderheitsregierung alleine. *Junts*-Parteipräsidentin Laura Borràs zeigte Verständnis für das Votum ihrer Parteibasis, „die nicht Teil einer Regierung sein will, die auf dem Weg zur Unabhängigkeit Kataloniens nicht vorankomme“. Aragonès stellte Anfang März 2023 den Entwurf eines „Klarheitsgesetzes“ vor, mittels dessen die katalanische Regionalregierung die Zentralregierung von Pedro Sánchez dazu auffordern will, eine erneute Volksbefragung über die Unabhängigkeit Kataloniens zuzulassen. Der Konflikt ist mitnichten beigelegt.

⁴ Die Abschaffung des „Aufruhrparagrafen“ und deren Ersatz durch „öffentliche Unruhestiftung“ würde es den spanischen Justizbehörden im Falle einer erneuten einseitigen Unabhängigkeitserklärung durch die katalanischen Separatisten erschweren, dagegen rechtlich verbindlich und abschließend vorzugehen. Die möglichen Auswirkungen der Herabsetzung des Strafmaßes für ‚politische Korruption‘ in ganz Spanien werden derzeit von der EU im Kontext der hohen Mittelzuweisungen aus dem *EU-Recovery*-Programm überprüft.

Der ehemalige katalanische Regionalpräsidenten Carles Puigdemont, der Begründer von *Junts* und 2017/ 2018 europaweit bekanntes Gesicht der Separatistenbewegung, ist weiterhin im Exil. Die spanische Justiz arbeitet währenddessen nach wie vor daran, ihn aufgrund seiner entscheidenden Mitwirkung am Abspaltungsversuch im Oktober 2017 nach Spanien ausliefern zu lassen. Belgische Gerichte verweigerten bisher diese mit dem Argument, dass der Tatbestand der Aufruhr in Belgien nicht in dem Schweregrad existiere wie in Spanien und Puigdemonts Grundrechte (Unschuldsvermutung) in Spanien eventuell gefährdet sein könnten, ohne dies jedoch genauer zu untermauern.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschied Ende Januar 2023, dass die nationale Gerichtsbarkeit in einzelnen EU-Staaten nicht die Kompetenz besitzt, eine Einzelfallprüfung eines Europäischen Haftbefehls durchzuführen.⁵ Eine Auslieferung Puigdemonts und weiterer Geflohener (Lluís Puig, Antoni Comín, Marta Rovira, Clara Ponsatí) rückt damit ein Stück weit näher, allerdings gilt es, noch andere Verfahren zu berücksichtigen.

Die Entscheidungen der Sánchez-Regierung, den Straftatbestand der Aufruhr abzuschaffen und die Verfolgungsmöglichkeit der spanischen Justiz auf Verfolgung „politischer“ Korruption nahezu unmöglich zu machen, bringen Bewegung in die Szenerie. Einige Verurteilte dürften sich stellen und auf Milderung ihres Strafmaßes hoffen. Im Falle der Europaabgeordneten Comín, Ponsatí und Puigdemont ist die Klärung ihres Immunitäts-Status immer noch nicht abschließend juristisch entschieden. Es wird also aller Voraussicht nach noch mehrere Monate dauern, bis feststeht, ob Puigdemont und die anderen Angeklagten sich letztendlich in Spanien vor Gericht verantworten müssen. In Katalonien wird eine Rückkehr Puigdemonts nicht mehr herbeigesehnt.

Krise der Institutionen – Krise der Demokratie?

In den Monaten Oktober bis Dezember 2022 verdichteten sich jene Ereignisse und Debatten, die Verfassungsrechtler, Medien und selbst König Felipe VI in seiner viel beachteten Weihnachtsansprache als „institutionelle Erosion und Verschlechterung des Zusammenlebens“ in Spanien beschrieben.

Es ging um Besetzungsverfahren am Obersten Verfassungsgericht (*Tribunal Constitucional*) und in der Obersten Justizbehörde, dem Generalrat der Judikative (*Consejo General de Poder Judicial, CGPJ*). Beide Verfahren sind miteinander verwoben.⁶ Mit dem Parlament kommt ein dritter Akteur ins Spiel, der ebenfalls zwei Richterstellen besetzen darf. Was von der Verfassung von 1978 und den daraus abgeleiteten Regularien als ausgeglichene Balance der Staatsgewalten mit dem Zwang zum Konsens angelegt war, ist aus dem Gleichgewicht geraten. Besetzungsverfahren in Institutionen, die üblicherweise allenfalls eine Randnotiz wert sind, wuchsen sich zu einer handfesten Krise aus, in der sich Regierung und Opposition gegenseitig die Beschädigung der Demokratie und eine beispiellose Politisierung der Justiz vorwarfen.

Seit 2018 war die Besetzung der Richterstellen blockiert. Die derzeitige linksgerichtete Minderheitsregierung, bestehend aus der *PSOE* und *UP*, hatte im Oktober 2020 einen Vorstoß zur Reform des sogenannten Organgesetzes (*Ley Orgánica 6/1986*) unternommen. Erstens sollte die

⁵ Vielmehr dürfe ein Gericht einen Europäischen Haftbefehl nur in besonderen Ausnahmefällen aussetzen, wenn es nach eingehender Prüfung des Falls zu zwei Schlussfolgerungen komme: erstens, dass im betroffenen Staat, in dem der Eurohaftbefehl erlassen wurde, „systembedingte oder weit verbreitete Mängel in der Funktionsweise des Justizsystems vorliegen müssen“ und dass zweitens, „ernsthafte und begründete Gründe“ für die Annahme bestehen, dass die betroffene Person zu einer (kollektiven) Personengruppe gehöre, die im Falle einer Übergabe Gefahr laufe, „ihr Grundrecht auf ein faires Verfahren verletzt“ zu sehen. Dabei müsse ausführlich auf Grundlage bereits bestehender Rechtsprechung argumentiert werden. Weder Belgien noch Schleswig-Holstein lieferten jedoch konkrete Beweise gegen Spanien. Der künftige Spielraum nationaler Gerichte, sich weiterhin beliebig der Ausführung eines Eurohaftbefehls widersetzen zu können, ist somit beschränkt.

⁶ Die Oberste Justizbehörde ernennt verfassungsgemäß zwei Richterstellen am Verfassungsgericht.

notwendige Mehrheit für die Wahl der Richter von einer 3/5- auf eine absolute Mehrheit herabgesetzt, zweitens seine Befugnisse auf rein administrative Aufgaben verringert und drittens das Junktim aufgelöst werden, dass beide Kammern (Kongress und Senat) gleichzeitig die ihnen zustehenden Richterstellen besetzen.

Aus Sicht der oppositionellen *PP* wollte Ministerpräsident Pedro Sánchez mit diesem Vorstoß nicht nur die Blockade auflösen. Mit der Neu-Besetzung nach neuen Regeln hätte das Gremium eine linke Mehrheit erhalten. Die *PP* sah hierin einen weiteren Versuch, Institutionen des Staates an den Schlüsselstellen mit Personen aus den eigenen Reihen zu besetzen und damit deren Unabhängigkeit zu untergraben. Dass insbesondere der kleinere Koalitionspartner *UP*, eine links-populistische, systemkritische Wahlplattform unter maßgeblicher Führung von *Podemos*, Einfluss auf Richterbesetzungen erhalten sollte, war der *PP* ein Dorn im Auge.

Im Juni 2022 stand die turnusgemäße Nachbesetzung eines Drittels der 12 Richterstellen im Obersten Verfassungsgerichts an.⁷ Im Generalrat der Judikative kam eine 3/5-Mehrheit für die von ihnen zu benennenden zwei Kandidaten nicht zustande. Die Kandidaten der Linksregierung lehnte die *PP* als nicht unabhängig genug oder als fachlich nicht ausreichend ausgewiesen ab.⁸ Im Ergebnis konnten aufgrund des skizzierten Junktims auch die Kandidaten der Regierung ihre Funktionen nicht übernehmen.⁹



Im Herbst 2022 unternahm die Regierung einen erneuten Versuch, die Besetzungsverfahren gleich beider Organe, also des Generalrates der Judikative und des Obersten Verfassungsgerichtes zu reformieren. Der Druck aus der Öffentlichkeit und aus den Verfassungsorganen selbst stieg, sich endlich zu verständigen, um die Vorgaben der Verfassung zu erfüllen und die völlige Handlungsfähigkeit so wichtiger Organe sicherzustellen.

Tatsächlich standen Regierung und Opposition im November 2022 unmittelbar vor einer Einigung. Aber gleichsam im letzten Moment zog der Vorsitzende der *PP*, Alberto Núñez Feijóo seine Zustimmung zurück. In den Medien wurde gemutmaßt, er habe dem Druck der extrem Konservativen in seiner Partei nachgegeben, die jegliche Einigung mit der Regierung Sánchez verhindern wollten, um dieser keinen Erfolg zu gönnen.

Diese Erklärung erscheint zu vordergründig, wenn man eine weitere Verflechtung im Kontext mit einbezieht. Am Vorabend der Einigung sickerte durch, dass die Regierung Sánchez das Strafrecht dergestalt ändern wolle, dass der Tatbestand des Aufruhrs abgeschafft und der Tatbestand der Veruntreuung abgeändert werden solle. Diese Änderungen hätten jene Akteure begünstigt, die 2017 / 2018 für die Abspaltungsversuche Kataloniens von Spanien verantwortlich waren. Für die *PP* war damit eine rote Linie überschritten, weil für sie die verfassungsgemäße Einheit Spaniens ein unantastbarer Kern ihrer politischen Überzeugung und Programmatik ist. Feijóo band die

⁷ Von den vier Richtern sind zeitgleich und gemeinsam zwei Nominierungen von der Obersten Justizbehörde und zwei von der Regierung zu benennen.

⁸ Der Kandidat Juan Carlos Campos war noch bis 2021 Justizminister der Regierung Sánchez. Die Kandidatin Laura Diéz Bueso arbeitete im Präsidialamt in einer mittleren Führungsfunktion.

⁹ Der *PP*, die ja über ihre Parlamentsfraktion formell in den Entscheidungsprozess eingebunden war, weil ohne sie keine 3/5-Mehrheit im Parlament zu erreichen ist, erschien vor allem der von der Regierung vorgeschlagene Kandidat Juan Carlos Campos als problematisch und als nicht unabhängig, da er in der aktuellen Regierung bis Juli 2021 Justizminister war. Als fachlich nicht hinreichend geeignet beurteilten viele kritische Beobachter und die Opposition zudem die Kandidatin Laura Diéz Bueso, die in der Vergangenheit im Umfeld der PSOE nur einige mittlere Führungsposten in der öffentlichen Verwaltung innehatte und im Bereich der universitären Verfassungslehre bis dato keine ausgewiesene Referenz darstellte, womit sie sich insgesamt nicht für ein höchstes Richteramt empfahl. Entsprechend groß war die Überraschung in der Fachwelt, als sie ernannt wurde.

Einigung bei den Justizreformen folglich an die Rücknahme der Strafrechtsänderung. Da dies nicht erfolgte, spitzte sich die Lage weiter zu.

Die Regierung Sánchez, im Bestreben, noch vor dem Jahreswechsel 2022/2023 eine Entscheidung zu erzwingen, kombinierte nun in formalrechtlich problematischer Weise die Justiz- und die Strafrechtsreformen miteinander. Sie fügte solche weitreichenden Reformen, die tief ins Institutionengefüge eingreifen, als nachgeordnete Änderungsanträge (*enmiendas*) im „Huckepack-Verfahren“ an die Strafrechtsreformen in den Feldern Aufruhr und Veruntreuung an. Dieses beschleunigte Prozedere hätte die in einem regulären Gesetzgebungsverfahren üblichen Beteiligungsrechte wie Anhörungen, das Einholen von Gutachten und Stellungnahme Betroffener, parlamentarische Beratungen etc. umgangen.

Als Reaktion stellte die *PP* am 19. Dezember 2022 einen Eilantrag (*medida cautelar*) beim Verfassungsgericht, dieses Verfahren zu stoppen. Man sah seine parlamentarischen Rechte als Minderheit verletzt. Das (noch mehrheitlich „konservative“) Verfassungsgericht gab dem Eilantrag statt. Die Regierung Sánchez hatte auf die Entscheidung des Verfassungsgerichtes reagiert und am 22. Dezember formal korrekt ein Gesetz (*Proyecto de Ley*) ausschließlich zur Reform der Verfassungsorgane oder der Strafrechtsparagrafen eingebracht und beschlossen.

Schlussendlich hat die *PP* zum Jahreswechsel ihren Widerstand gegen die Besetzung der Richterstellen überraschend aufgegeben und die Kandidaten im Generalrat bestätigt.

Politische Bewertung

Die Entscheidung des Verfassungsgerichts, dem Eilantrag der *PP* stattzugeben, löste eine heftige Debatte über die Demokratie in Spanien aus.

Die unterlegene Regierungsseite erkannte zwar rhetorisch die Entscheidung an, attackierte sie aber zugleich in zahlreichen Stellungnahmen als demokratiegefährdend. Ministerpräsident Sánchez sah gar einen „Komplotz einer politischen, judikativen und medialen Rechten“. Das Verfassungsgericht habe das Parlament in seinem fundamentalen Beratungsrecht geschwächt, da es den Gesetzgebungsprozess gestoppt habe, anstatt ein verabschiedetes Gesetz ex-post verfassungsrechtlich zu bewerten. Die Demokratie stütze sich auf „den Volkswillen“ und die „Volkssouveränität“ (*soberanía popular*), die sich allein in den Wahlergebnissen und den Mehrheitsverhältnissen im Parlament ausdrücke. Die dritte Gewalt dürfe sich nicht über die Legislative stellen und damit politischer Akteur werden. Die linkspopulistische *UP* rief sogar zum Ungehorsam gegenüber der Verfassungsgerichtsentscheidung auf.

Eine Mehrheit der Verfassungsrechtler und die Opposition hingegen sehen in dem gesamten Prozess einen Übergriff der Exekutive auf die Justiz als dritte Gewalt, die ihre Unabhängigkeit verlöre. Die Benennung eines Ex-Justizministers und einer hohen Regierungsbeamtin durch die Regierung Sánchez hat den Verdacht genährt, dass Sánchez auch die Justiz kontrollieren wolle¹⁰. Auf der anderen Seite sieht sich die *PP* als Hüterin der Demokratie und der in der Verfassung von 1978 verankerten Gewaltenteilung. Sie, die *PP*, habe die Institutionen vor einem Übergriff der Regierung gerettet. Es dürfe keine „Tyrannei der Mehrheit“ geben. Ihr sehr weitreichender Vorwurf lautet, die Regierung Sanchez verändere das gültige politische System schleichend und sukzessive hin zu einem Autoritarismus, in dem die Institutionen zwar noch fortbeständen, aber immer mehr zur Fassade degenerierten.

Zieht man den Schleier aus wohlfeilen Formulierungen der Akteure weg, nur die Demokratie retten oder stärken zu wollen, treten hinter den skizzierten rechtlich formalen Erwägungen konkrete machtpolitische Perspektiven, aber auch unterschiedliche Verständnisse von Demokratie zutage, nämlich einer populistischen Basisdemokratie versus repräsentativer Demokratie im demokratischen Verfassungsstaat.

¹⁰ Sánchez hatte bereits 2021 eine andere ehemalige Justizministerin seiner Regierung, Dolores Delgado, zur Generalstaatsanwältin ernannt.

Das Misstrauen gegenüber Sánchez gründet ferner auf seinem geradezu inflationären Gebrauch der sogenannten „Königlichen Gesetzesdekrete“ (*Real Decreto-ley* (art. 86 CE). Diese besondere Form der beschleunigten Gesetzgebung gibt der Exekutive eine große Macht und verringert die Beteiligung von Parlament und Opposition erheblich. Es ist zur Sicherung der Handlungsfähigkeit der Regierung in Notlagen konzipiert, scheint aber in seiner Anwendung von der Regierung Sánchez weit ausgelegt worden zu sein. Seit Juli 2018 bis heute, also in nur knapp vier Jahren, verabschiedete Sánchez 135 Dekrete (zum Vergleich: Felipe González verabschiedete in zwölf Jahren 130, José María Aznar in acht Jahren 127, José Luis Zapatero in acht Jahren 108 und Mariano Rajoy in sechseinhalb Jahren 107).

Im aktuellen Besetzungsverfahren wird die „Politisierung der Justiz“ nicht zu verhindern sein. Die PP schlägt deshalb vor, die Besetzung von 12 der 20 Mitglieder einem Richter*gremium zu überlassen. Eine stärkere Unabhängigkeit der Richter von der Politik liegt überdies in der argumentativen Linie der EU-Kommission, die europaweit den Stand der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedsländern überprüft und Spanien zu einer baldigen Lösung drängt.

Medien und Beobachter sprachen von einer ernsten institutionellen Krise in Spanien. Die Zeitung *El País* stellte sich wie gewohnt auf die Seite von Ministerpräsident Sánchez, während die übrigen Presseorgane und eine große Mehrheit aus Politik- und Rechtswissenschaft der Auffassung ist, dass dieses Stopp-Schild zum Erhalt der Demokratie in Spanien wichtig gewesen sei. Auch der König hat in seiner viel beachteten Weihnachtsansprache 2022 der Politik ins Gewissen geredet, die Institutionen und die Verfassung von 1978 zu achten.

Gesellschaftspolitik: Spaltung statt Fortschritt

Wie nahezu jede Regierung, versucht auch die Regierung Sánchez im letzten Jahr ihrer Amtsperiode so viele politische Vorhaben wie möglich in Gesetzesform zu gießen. Eile scheint umso mehr geboten, als seit Monaten die oppositionelle PP in Umfragen in Führung liegt und ein Machtwechsel möglich ist.

Insbesondere UP treibt Vorhaben voran, mit denen die spanische Gesellschaft aus ihrer Sicht gerechter und fortschrittlicher werden soll. Ihre Protagonisten, vornehmlich Protagonistinnen, nehmen noch zu viele patriarchalische, „machistische“ Strukturen wahr, die es zu zerschlagen gelte. Sie streben mehr Gleichheit, Macht und Schutz für Frauen an. In die gleiche Stoßrichtung zielen Gesetze für mehr Rechte für die LGBTQ-Mitglieder. Ein eigenes Gesetz (*Ley Trans*) will den Status und die Rechte der Transsexuellen stärken. Im Fokus steht Ministerin Irene Montero von UP, die dem „Gleichstellungsministerium“ (im spanischen „*Igualdad* – Gleichheitsministerium“) vorsteht.

Im Zentrum der aktuellen Debatte steht das Gesetz zur „Integralen Garantie der sexuellen Freiheit“ (*Ley de Garantía de la Libertad sexual*), in der Alltagssprache auf ein „Nur ein Ja ist ein Ja-Gesetz“ (*Solo Sí es Sí*) verkürzt. Es setzt sich von der ursprünglichen Formulierung „Ein Nein ist ein Nein“ der MeToo-Bewegung ab.

Jede im Parlament vertretene Partei in Spanien spricht sich grundsätzlich für mehr Schutz von Frauen oder für ihre Stärkung in Gesellschaft, Arbeitswelt und Politik aus. Ministerin Montero hat aber nicht den breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens bei ihren Vorhaben gesucht, sondern mit einer (zu) großen Eile ein nach allgemeiner Einschätzung handwerklich haarsträubend fehlerhaftes Gesetz auf den Weg gebracht. Sichtbarste Folge ist, dass mittlerweile über 700 verurteilte Sexualstraftäter eine Strafmilderung und sogar über 70 eine Freilassung erwirken konnten. Das Gleichstellungsministerium hat Straftatbestände vereinheitlichen und angleichen wollen, ohne jedoch eine Klausel einzufügen, dass dies nicht rückwirkend für bereits Verurteilte gelten könne. Entsprechende Warnungen und Hinweise hatte es gegeben.

Mindestens genauso problematisch wie dieser fatale Fehler an sich ist der politische Umgang der Ministerin Montero und ihrer Partei damit. Anstatt schnellstmöglich Korrekturen vorzunehmen, sprach man zunächst von Einzelfällen. In der nächsten Eskalationsstufe wurden die Richter, deren Aufgabe die Anwendung gültiger Gesetze ist, als faschistisch, „machistisch“ und patriarchalisch bezeichnet. Fakt ist, dass es 55% Richterinnen gibt, im Strafrecht sogar 60%.

Die größere Regierungspartei *PSOE* blieb zunächst untätig, doch als die Folgen immer sichtbarer und geradezu Empörung in der Bevölkerung und bei Frauen- und Opferverbänden laut wurden, sah sich Sánchez zur Korrektur gezwungen, um nicht die Frauen als eine seiner wichtigsten Wählergruppen zu verprellen. Ungeachtet des immensen Drucks verweigert *UP* bislang die entscheidende Korrektur. Die weiblichen Abgeordneten der Regierungsparteien *PSOE* und *UP* bezichtigten sich gegenseitig des Verrates an feministischen Grundprinzipien.

Im Parlament kam es zur ungewöhnlichen Situation, dass die Koalitionäre gegeneinander stimmten und die Korrektur des Gesetzes u.a. mit den Stimmen der Opposition, von *UP* als „Faschisten“ bezeichnet, verabschiedet wurden. Statt Rücktritt der Ministerin und Koalitionsbruch macht die Linksregierung weiter.

Diese Vorfälle haben den starken Feminismus in Spanien tief gespalten und ihn damit geschwächt. Traditionell sind die spanischen Frauen am 8. März zum Internationalen Frauentag in zahlenmäßig sehr großen Demonstrationen geschlossen aufgetreten. In diesem Jahr hat es in Madrid zwei getrennte Märsche mit sich gegenseitig angreifenden Parolen gegeben. Die stärksten Gegnerinnen des Transsexuellen-Gesetzes sind Frauen, weil es mit vielen Rechten kollidiert, die auf das Frausein aufbauten. Wenn das gefühlte anstelle des biologischen Geschlechtes maßgeblich werde, sei keine Frauenpolitik möglich. Das habe Folgen für die Arbeitswelt, den Sport, Sozialleistungen und vieles mehr.

Der Vorwurf an die Ministerin Montero von *UP* geht aber über die Kritik an Einzelgesetzen hinaus. Sie betreibt eine ideologisierte, im Kern illiberale Politik, ja „kapere“ den Feminismus für alle möglichen frauenfremden Themen. Das erschwere die Umsetzung der klassischen frauenpolitischen Agenda wie gleicher Lohn, gleicher Zugang zum Arbeitsmarkt, Schutz vor Gewalt, etc.



Es sei darauf verwiesen, dass nicht nur die Feministinnen innerhalb des politisch linken Lagers gespalten sind. Es gibt eine vermutlich große, aber (noch) nicht so laute Gruppe von Frauen, die sich ebenfalls für Frauenrechte einsetzen, den konfliktiven Feminismus von *UP* aber kategorisch ablehnen. Sie halten ihn für kontraproduktiv in eigener Sache. Sie sehen sich geradezu instrumentalisiert und vom Gleichstellungsministerium „reduktionistisch als Opfer behandelt, die des permanenten Schutzes bedürften“. Das sei letztlich respektlos.

Hinzu kommen die eher konservativen Vertreterinnen, die sich gegen die Entwertung der Familie, für eine politische und soziale Stärkung von Mutterschaft und gegen die aus ihrer Sicht totale Individualisierung der Gesellschaft wenden. Kürzlich haben 500 Organisationen mit ca. 25.000 Teilnehmenden unter dem Label „Ja zum Leben“ für ein positives Familienbild, für mehr Hilfe, *Empowerment* von Frauen, gegen Abtreibung und gegen Sterbehilfe demonstriert.

Fazit: Im Ergebnis hat die Gleichstellungspolitik der Regierung Sánchez statt zu Fortschritt und Modernisierung zu einer tieferen Spaltung der Gesellschaft geführt.

Wirtschaft und Soziales

Die spanischen Wirtschaftsaussichten für das Wahljahr sind gemischt, auch wenn eine Rezession gegenwärtig nicht abzusehen ist. Ministerpräsident Sánchez und Arbeitsministerin Díaz betonen zwar stetig, dass unter ihrer Führung die wirtschaftlichen Bedingungen in Spanien besser geworden seien. Demnach erreiche die spanische Volkswirtschaft heute ihrer Meinung nach Rekordwerte bei Investitionen ausländischen Kapitals, beim Bruttoinlandsprodukt, bei der Rente, auf dem Arbeitsmarkt usw. Sánchez sprach davon, dass „die orthodoxe Wirtschaft“ ausgedient habe und „die Rechten und Rechtsextremen die einzigen seien, denen dies noch nicht aufgefallen sei“ und warb stattdessen für „Umverteilungspolitik“.

Bei genauerem Hinsehen sind die makroökonomischen Kennzahlen des Landes jedoch nicht so positiv:

Auslandsinvestitionen: Die von Sánchez genannte angebliche Rekordsumme von 44 Mrd. € trifft nicht zu. Laut der Regierungsbehörde Datainvox beträgt die Zahl für 2022 37,18 Mrd. €. Das sind zwar 14% mehr als im Jahr 2021, jedoch 38,5% weniger als im Jahr 2018.

Auch bei der Arbeitslosigkeit weichen Verlautbarung und Fakten voneinander ab. So steht die Arbeitslosenquote in Spanien im März 2023 bei rund 13% bzw. ca. 2,9 Mio. arbeitslos Gemeldeten. Das entspricht - noch hinter Costa Rica und Kolumbien - der höchsten Arbeitslosenquote aller 38 OECD-Länder. Arbeitsministerin Yolanda Díaz, Mitglied der kommunistischen Partei Spaniens, hat erst kürzlich die Berechnung der Arbeitslosenstatistik verändert. Randstad und andere Arbeitsmarktexperten gehen davon aus, dass mindestens eine halbe Million Saisonarbeiter bzw. bis zu einer Million Arbeitssuchender hinzugerechnet werden müssten, um die Lage real abzubilden. Eine niedrige Beschäftigtenrate in Kombination mit niedrigen Durchschnittseinkommen erschwert es, die sozialen Sicherungssysteme nachhaltig zu sichern. Die Beschäftigtenrate liegt zudem in Spanien mit 64,7% hinter dem OECD-Durchschnitt (69,5%).

In der Rentenpolitik verweist die Regierung auf kurzfristige Erfolge, die jedoch insbesondere unter Berücksichtigung der niedrigen Einnahmen der Sozialversicherung langfristig sehr teuer werden könnten. Denn Sozialminister Escrivá setzte im Herbst 2022 eine Neuberechnung der Renten durch, aufgrund derer künftig die Rentenzahlungen an die Inflationsrate angeglichen werden müssen. Zwar sind die spanischen Durchschnittsgehälter (ca. 2.086 €) und Durchschnittsrenten (ca. 1.189 €) niedriger als in anderen EU-Ländern (in Deutschland beträgt das Durchschnittseinkommen bspw. 4.380 €), so dass prinzipiell nachvollziehbar ist, dass die hohe Inflationsrate des Vorjahres von 5,7% eine Aufstockung notwendig macht. Eine Anpassung in Höhe der Inflationsrate bedeutet jedoch, dass die Renten im März 2023 um 8,0 % stiegen. Diese Maßnahme wurde von der Europäischen Kommission 2022 zuerst abgelehnt,¹¹ im Herbst jedoch unter Vorbehalt akzeptiert, falls Spanien für die Rentenerhöhung einen Nachhaltigkeitsmechanismus erarbeite, mit dem diese langfristig finanziert werde. Mitte März 2023 verabschiedete die Regierung diese zweite Reformstufe im Ministerrat als Rechtsverordnung (*decreto-ley*) mit beschränkter Gültigkeitsdauer, das vom Parlament noch ratifiziert werden muss.¹²

Ministerpräsident Sánchez forderte die Opposition auf, der Reform zuzustimmen, da sie von der EU akzeptiert worden sei. Die regierungsfreundliche Tageszeitung *El País* urteilte: „Frankreich justiert die Rente – Spanien verbessert sie“. Der Kompromiss, den Sozialminister Escrivá zugleich mit den Linkspopulisten, den Gewerkschaften UGT und CC.OO. und der Europäischen Kommission erreichte, gilt vielen als schwieriger Balanceakt. Aufgrund der enormen Mehrbelastungen für die Sozialsysteme und die Wirtschaft, die zu befürchten sind, schied der Arbeitgeberverband CEOE aus den Verhandlungen aus. Mariano Guindal schrieb in *La Vanguardia*: „Was eine große Staatsreform werden sollte, die die Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit des Rentensystems sichert, wurde zu einem simplen Übereinkommen der politischen und gewerkschaftlichen Linken. Im Endeffekt besteht dieses darin, die Rentenausgaben aus wahltaktischen Gründen auf Kosten der Beschäftigung und der Jugend zu erhöhen“.

¹¹ Die Kommission ist befugt, die Auszahlung neuer Tranchen an bestimmte Reformen und die Nachhaltigkeit des spanischen Staatshaushalts zu binden, da Spanien Empfänger von rund 140 Mrd. € aus dem *Next Generation* EU-Fonds in Form von Direktzahlungen und Krediten ist.

¹² Das Renteneintrittsalter liegt gegenwärtig bei 65 Jahren (mit einer Beitragszeit von 37 Jahren und 9 Monaten) bzw. 66 Jahren und vier Monaten (mit einer kürzeren Beitragszeit). Das Reformpaket beinhaltet u.a. eine Wahlmöglichkeit beim Berechnungszeitraum des Rentenanspruches, eine Erhöhung der Beitragssätze für hohe Einkommen (ab 54.000 EUR), die Einführung einer Solidaritätsquote für sehr hohe Einkommen, die künftig für den Einkommensanteil, der über der Beitragsobergrenze liegt, zusätzliche Beiträge entrichten müssen. Dafür soll ihr Rentenanspruch nicht nur an die Inflationsrate gekoppelt werden, sondern ab 2025 um einen zusätzlichen Faktor steigen. Ein starker Fokus der Reform liegt auf den niedrigen Renten und Mindestrenten. Bis 2027 sollen niedrige Renten 60% der Durchschnittsrente erreichen. Die Mindestrente (von Anspruchsberechtigten, die nichts oder wenig eingezahlt haben), soll bis 2027 auf 75% der Armutsgrenze steigen (gebunden an das Mindesteinkommen). Beitragslücken, wie sie u.a. oft durch Kindererziehungszeiten entstehen, werden künftig bis zu 48 Monaten zu 100% des Mindestbeitragssatzes mitberechnet, für Frauen gibt es darüber hinaus weitere Anrechnungskriterien. Weitere Details können dieser [Aufstellung](#) des Sozialministeriums entnommen werden.

Definitiv wird diese Reform für die nächste spanische Regierung zum Finanzproblem. Selbst *El País* rechnet vor, dass die Reform anstatt auf längere Beitragszahlungen und niedrigere Rentensteigerungen vielmehr auf höhere Einnahmen aus der Sozialversicherung setze. Und dies in einem Land, in dem eine unterdurchschnittliche Beschäftigungsquote herrscht, die Löhne unterdurchschnittlich sind und gesamtwirtschaftlich weniger Stunden gearbeitet werden (hohe Teilzeitquote) als im EU-Durchschnitt. So entstünden jenseits der Inflation weitere Mehrkosten bis 2050 von mindestens 38% gegenüber dem heute schon nicht nachhaltigen Rentensystem. Denn Spanien besitzt gegenwärtig ein strukturelles Defizit von 4,0%.

Gemäß ihres etatistisch-interventionistischen Leitbildes der Wirtschaftspolitik hat die Regierung Sánchez in den Wohnungsmarkt eingegriffen. Die gute Absicht war, die Mietpreissteigerungen zu deckeln. Im Ergebnis sank das Angebot an Wohnungen, im Gegenzug stiegen die Mietpreise jedoch um 17%. Aus einer geplanten Verbesserung wurde eine faktische Verschlechterung der Lage für die Menschen.

Im Bereich der Staatsverschuldung fällt ins Auge, dass Spanien nach wie vor ein relativ schlechtes Schuldenrating besitzt (Fitch:A-/ Moody's: Baa1/ S&P: A). Die Verschuldung lag Ende 2022 bei "nur" noch 113,1% des BIP, entgegen einer Gesamtverschuldung von 120,4% im Jahr 2020 und 118,3% im Jahr 2021. Doch reell eingespart wurde nicht:

Die Verschuldung fiel nicht höher aus, weil der spanische Fiskus durch die hohe Inflation Sondereinnahmen in Höhe von 31 Mrd. EUR (+13,9%) verzeichnete. Des Weiteren lässt sich der prozentuale Rückgang mit der Erholung des Wirtschaftswachstums nach der Corona-Pandemie erklären. Denn das schlechte Corona-Management der Sánchez-Regierung führte damals zu einem der dramatischsten BIP-Einbrüche Europas, der 2021 nur zur Hälfte kompensiert werden konnte, weshalb Spanien erst 2022 das nominale BIP von 2019 erreichte (2020: -10,8%; 2021: 5,5%; 2022: 5,5%) und reell erst im Sommer 2023 wieder zu wachsen beginnen wird. Daher sieht eine Verschuldungsquote von 113,1% wie eine Reduktion aus, doch in absoluten Zahlen erreichte die spanische Verschuldung aufgrund des gestiegenen BIP auch 2022 einen neuen Rekordwert.

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Schulden seit 2019 (nominal)

Jahr	Schulden in Mio. €	Prozent des BIP	BIP in Mio. € (nominal)
2019	1.223.355	98,2%	1.245.513
2020	1.345.786	120,4%	1.117.989
2021	1.427.238	118,3%	1.206.842
2022	1.502.505	113,1%	1.328.922

Quelle: <https://datosmacro.expansion.com/>

Im vierten Quartal 2022 betrug das Wachstum jedoch nur noch 0,2%, auch wenn eine Rezession nicht eintrat und nach Meinung der OECD, der EZB etc. voraussichtlich auch 2023 nicht eintreten soll. Laut Hochrechnungen der Europäischen Kommission erreicht Spanien voraussichtlich im Sommer 2023 das reale, inflationsbereinigte BIP-Wachstum aus dem vierten Quartal 2019. Damit ist die spanische Wirtschaft diejenige in der Eurozone, die am längsten braucht, um sich von der Corona-Pandemie zu erholen. Für 2023 sagt die spanische Zentralbank ein Wachstum von 1,6% voraus. Besonders negativ fällt die Bilanz der Sánchez-Regierung beim kaufkraftbereinigten Pro-Kopf-Wachstum aus: lag Spanien unter der PP-Regierung 2017 noch bei 93% des EU-Durchschnitts, fällt das Land nun hinter Slowenien, Zypern, Tschechien, Litauen und Estland zurück und erreicht 2022 nur noch eine preisbereinigte Kaufkraft von 85% des EU-Durchschnitts (Rang 18).

Ungeachtet der differenziert zu betrachtenden Wirtschaftsdaten wird Spanien seitens der Wirtschaftsfachleute ein großes Potenzial attestiert. Das Land verfügt über ideale natürliche Voraussetzungen, nicht nur die eigene Wirtschaft und Gesellschaft klimaneutral zu gestalten, sondern darüber hinaus ein wichtiger Pfeiler der Energieversorgung Europas zu werden. Obwohl keine

mit den deutschen *Grünen* vergleichbare Partei existiert, spielen Nachhaltigkeit und Umweltschutz eine große, schnell wachsende Rolle. In der Digitalisierung ist Spanien Deutschland voraus. Als vorbildlich kann die Verkehrsinfrastruktur bezeichnet werden.

Next Generation EU

Die Europäische Kommission gab im Februar die dritte Tranche der Next-Generation-EU-Mittel in Höhe von 6 Mrd. € für Spanien frei, nachdem sie zu dem Schluss gelangte, dass das Land 29 weitere Zielvorgaben aus der zweiten Tranche erfüllte. Der Europäische Rat muss den Entschluss noch bestätigen. Die bisher überwiesenen Direkthilfen der ersten beiden Tranchen belaufen sich auf 25,1 Mrd. € im Jahr 2022 und 22,1 Mrd. € im Jahr 2021. Laut Aussage der Wirtschaftsministerin Calviño wurden damit 90% der Mittel veranschlagt und über 75% zugeteilt. Für 190.000 Projekte von Firmen, Forschungszentren, Bürgern und Einrichtungen der öffentlichen Hand sind ihrer Aussage nach rund 23,3 Mrd. € bereitgestellt worden, 20,6 Mrd. € wurden an die Autonomen Gemeinschaften überwiesen, von wo aus diese Gelder zugeteilt werden. Doch zugeteilt ist nicht gleichbedeutend mit ausgezahlt, und es ist nicht genau klar, wieviel Geld sowohl vom Zentralstaat als auch von den Autonomen Gemeinschaften und den Rathäusern bereits tatsächlich ausgezahlt wurde.



Eine Delegation des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments unter Leitung der deutschen Europaabgeordneten Monika Hohlmeier MdEP konnte im Februar zwar keine Betrugsfälle entdecken, unterstrich jedoch den Mangel an Transparenz bei der Berichterstattung über die Verwaltung der EU-Hilfen, die Langsamkeit bei der Mittelverteilung, Verzögerungen bei der Anwendung von Kontrollen und eine defizitäre Zusammenarbeit mit den Autonomen Gemeinschaften bei der Koordinierung der Investitionen. Sowohl die

parlamentarische Opposition als auch der Arbeitgeberverband CEOE fordern mehr Transparenz und eine Vereinfachung der Vergabeverfahren, um das Umsetzungstempo bei vielen Projekten zu erhöhen.

Außen- und Europapolitik

EU-Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli 2023 übernimmt Spanien die EU-Ratspräsidentschaft. Ministerpräsident Sánchez wird diese internationale Bühne mit 24 Konferenzen in allen Landesteilen intensiv nutzen, sich gegenüber seinem Herausforderer Albert Núñez Feijóo als international erfahrener Staatslenker zu präsentieren.

Eine offizielle inhaltliche Strategie für die Ratspräsidentschaft hat die Regierung bisher nicht veröffentlicht. Bekannt ist, dass ein EU-Lateinamerika-Gipfel geplant sei. Oppositionsführer Alberto Núñez Feijóo kritisierte, dass die gegenwärtige Minderheitsregierung aus *PSOE* und *UP* die erste seit der Spanischen Transition sei, die die größte Oppositionspartei nicht in die Abstimmung der EU-Politik im Vorfeld einer EU-Ratspräsidentschaft einbeziehe und folglich mit einer Tradition des Konsenses breche. Sánchez unternimmt vor der offiziellen Amtsübernahme fünf Vorbereitungsreisen in andere EU-Staaten, um erste Entscheidungen vorzubereiten. Basierend auf seinen Reden zur EU-Politik dürfte es zu seinen Zielen gehören, einerseits einen EU-Pakt zur Reindustrialisierung Europas auf den Weg bringen, und andererseits am Konzept der Strategischen Autonomie Europas weiterarbeiten zu wollen. Laut Sánchez hätten die Corona-Pandemie und die russische Invasion der Ukraine gezeigt, dass Europa im Bereich Energie und Produktion von

einigen Ländern zu abhängig sei (vor allem von undemokratischen Staaten wie Russland und China). Des Weiteren könnten die Sozialisten versuchen, Änderungsvorschläge zum EU-Binnenmarkt einzubringen. Insbesondere Steuervorteile für Unternehmen in einzelnen EU-Staaten, wie bspw. Irland, sind der *PSOE* ein Dorn im Auge. Aber auch die Flexibilisierung von Staatsbeihilfen oder der europäische Strommarkt sind hierbei Themen, die Sánchez auf die Agenda setzen könnte. Laut Beobachtern besteht auch die Möglichkeit, dass er versuchen könnte, einen europäischen Migrations- und Asylpakt zu erreichen, auch wenn die Positionen unter den EU-Mitgliedstaaten hier weit auseinanderklaffen.

Marokko/ Algerien

Ein Jahr ist es her, dass Marokko einen geheimen Brief veröffentlichte, in dem Pedro Sánchez dem marokkanischen König Mohamed VI gegenüber eingestand, dass er den Vorschlag, die Westsahara als autonome Region in das Königreich zu integrieren, für „die ernsthafteste, realistischste und glaubwürdigste Lösung“ hält. Damit warf die spanische Regierung ihre 47 Jahre alte Neutralitätsstrategie zwischen Marokko und Algerien über Bord, denn bisher hielten alle spanischen Regierungen, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, an der Forderung fest, dass in der Westsahara ein von den UN organisiertes Unabhängigkeitsreferendum abgehalten werden müsse. Bis zu diesem Zeitpunkt herrschte infolge der vertuschten Aufnahme und medizinischen Behandlung in Spanien des Separatistenführers der Westsahara, Brahim Gali, eine diplomatische Eiszeit zwischen Madrid und Rabat, im Zuge derer Marokko unkontrollierte Grenzübertritte von illegalen Flüchtlingen in Ceuta und Melilla zuließ, mit bis zu 8.000 Personen an einem Tag.

Seit der Veröffentlichung des Briefes haben sich in den vergangenen zwölf Monaten die Beziehungen zwischen beiden Regierungen jedoch stark verbessert. Am 01. und 02. Februar 2023 fand ein hochrangiges Ministertreffen beider Länder in Rabat statt (*Reunión de alto nivel, RAN*), im Rahmen dessen über 20 bilaterale Abkommen unterschrieben wurden. König Mohamed VI blieb jedoch in seiner Ferienresidenz in Gabun und versetzte den spanischen Regierungschef. Um den Termin nicht zu gefährden, stimmten die spanischen Sozialisten im Europäischen Parlament zuvor gegen eine kritische Resolution hinsichtlich der marokkanischen Menschenrechtspolitik, obwohl die Fraktion der Socialists and Democrats im Europäischen Parlament dafür stimmte. Außenminister Albares bewertete die Vereinbarung zur Öffnung der Grenzübergänge nach Ceuta und Melilla, die Marokko im Zuge der Corona-Pandemie auf unbegrenzte Zeit schloss, wodurch beide Städte Nachschubprobleme bekamen, als großen Erfolg für Spanien. Zudem befanden sich der bilaterale Handel (20 Mrd. € pro Jahr) und die Exporte (12 Mrd. € jährlich) auf einem Rekordstand. Der ehemalige *PP*-Außenminister José Manuel García-Margallo nimmt die Verhandlungsposition der spanischen Regierung jedoch als so schwach wahr, dass er sich zu der dramatischen Aussage hinreißen ließ, es sei nun Marokko, das ein Protektorat in Spanien errichte.

Eine Delegation des Europäischen Parlaments, die kürzlich Spanien besuchte, kam zu dem Schluss, dass es Grund zur Annahme gebe, dass Marokko in den Abhörskandal Pegasus verwickelt sein könnte, im Zuge dessen die offiziellen Diensttelefone des Ministerpräsidenten, sowie der Minister für Innere Angelegenheiten (Fernando Grande-Marlaska), Verteidigung (Margarita Robles) und Landwirtschaft (Luis Planas) mithilfe der Pegasus-Software ausspioniert wurden.



Die diplomatischen Verwerfungen Spaniens mit Algerien, die das Ende der spanischen Neutralität in Bezug auf die Westsahara mit sich bringen, sind bis heute deutlich spürbar. Algerien unterstützt die *Frente Polisario* in der Westsahara und reagierte auf die neue spanische außenpolitische Position mit einem Gaslieferstopp. Während sich andere Länder von Russland entkoppelten, nahmen die spanischen Gasimporte von dort dagegen 2022 um 60% zu, um das weggebrochene Angebot aus Algerien zu ersetzen. Zudem nehmen die

Spannungen zwischen Marokko und Algerien weiter zu. Während Marokko militärisch eng mit den USA kooperiert, unterhält Algerien enge Kontakte zu Russland. Der algerische Präsident Tebboune urteilte im März 2023, die Beziehung Algeriens und Marokkos hätten einen „Punkt ohne Wiederkehr“ erreicht. Die Spannung zwischen beiden Ländern ist auch für die Südgrenze der EU problematisch (Migration, Sicherheit, Energie, Fischerei, usw.) und die diplomatische Strategie von Sánchez hat bisher nicht zu einer Entspannung beigetragen, eher im Gegenteil.

Marokko gab ebenfalls bekannt, sich zusammen mit Spanien und Portugal um die Austragung der Fußballweltmeisterschaft 2030 bewerben zu wollen. Wenn man sich den Einfluss vor Augen führt, über den Marokko gegenwärtig in der spanischen Regierung zu verfügen scheint, wäre es nicht überraschend, falls sich mit Marokko verbundene Fragen der EU-Außen- und Wirtschaftspolitik auch auf der Agenda der spanischen EU-Ratspräsidentschaft wiederfinden würden (wie bspw. Fischerei, Meeresgrenzen, Handel, Flüchtlingsströme und Migrationskontrolle, Internationale Sicherheit und Terrorismus, usw.).

Ukraine

Ministerpräsident Pedro Sánchez reiste bereits zwei Mal nach Kiew, um dem ukrainischen Staatspräsidenten Wolodymyr Selenskyj die Unterstützung Spaniens zuzusichern. Sein Koalitionspartner, die linkspopulistische *UP*, ist jedoch sowohl gegen die NATO-Mitgliedschaft als auch gegen Waffenlieferungen für die Ukraine. Der *PSOE* werfen die Linkspopulisten vor, so bspw. die Ministerin für soziale Rechte und *Podemos*-Generalsekretärin, Ione Belarra, durch eine vermeintliche „Aufrüstung der Ukraine“ zu einer „kriegerischen Eskalation“ beizutragen. Des Weiteren fordert *Podemos*, dass die Ukraine unmittelbar zu Verhandlungen mit ihrem Aggressor gezwungen werden müsse. Hinter dieser vorgeschobenen pazifistischen Fassade versteckt sich folglich eine zynische und deutlich pro-russische Haltung.

Besonders bemerkenswert ist jedoch, dass die spanische Regierung trotz aller Rhetorik in der Praxis nur wenig Militärhilfe für die Ukraine leistet, sie trotz aller öffentlichen Bekundungen in der Praxis bisher ihrem Koalitionspartner *UP* folgt. Konsultiert man den Ukraine-Ticker des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, so hat die Sánchez-Regierung bisher lediglich militärisches Material im Umfang von 100 Mio. € geliefert¹³, womit das Land im Ranking abgeschlagen auf Platz 22 zwischen Belgien und Luxemburg liegt. Zum Vergleich: Das deutlich ärmere Polen, das jedoch aufgrund seiner Bevölkerungsgröße oft zu EU-weiten Vergleichen mit Spanien herangezogen wird, liegt mit einer Militärhilfe von 2,4 Mrd. € auf Platz drei hinter Großbritannien und den USA. Zwar bestätigte Verteidigungsministerin Robles im Februar 2023 erneut die Bereitschaft, (mindestens) sechs Leopard 2 A4-Panzer in die Ukraine zu senden, allerdings versprach Sánchez dies bereits am 23. Oktober 2022, ohne dass es seitdem zu einer Lieferung gekommen wäre. Resümiert man die außenpolitisch schwache Bilanz der Regierung und die Leichtigkeit, mit der bspw. fünf Jahrzehnte spanischer Marokko-Politik abgelegt wurden, scheint es kein Zufall mehr zu sein, dass der chinesische Staatspräsident Xi Jinping just Pedro Sánchez nach Peking einlädt, um am 31. März über einen Friedensplan für die Ukraine zu diskutieren. Sánchez ließ zwar verlautbaren, dass er Xi ausrichten werde, dass nur die Ukraine die Bedingungen für Friedensverhandlungen festlegen könne. Falls es Sánchez gelingt, öffentlichkeitswirksam in China für die Position Europas im Ukraine-Krieg zu werben, wird sich das zweifelsohne positiv für seinen Auftakt bei der spanischen Ratspräsidentschaft und den spanischen Parlamentswahlkampf der *PSOE* im Herbst/Winter auswirken.

¹³ Stand: 21.2.2023, https://app.23degrees.io/view/LHadRCKMgpTarP2f-bar-stacked-horizontal-figure-5_scv-german

Grundsätzliches und Ausblick



Die Politische Kultur in Spanien gilt als stark polarisiert. Wenig überraschend verschärft sich die Debatte in einem Super-Wahljahr. Welches Lager wie stark zur Polarisierung beiträgt, müsste gesondert untersucht werden. An dieser Stelle sei auf die Beobachtung verwiesen, dass die Linkskoalition von *PSOE* und *UP* eine Zusammenarbeit mit der oppositionellen *PP*, geschweige denn gemeinsame Abstimmungen geradezu kategorisch abgelehnt hat. Aus dem Maschinenraum des Parlaments erfahren

wir, dass grundsätzlich sämtliche Änderungsanträge der *PP* abgelehnt, häufig nicht einmal debattiert wurden. Es gab nur ein „Die oder wir“.

Dahinter steht der Impetus, dass die *PP*, geschweige denn *Vox* aus Sicht der linken und separatistischen Kräfte ein Spanien und ein Weltbild repräsentieren, das überwunden werden müsse. *UP* denkt radikal und attackiert jenes repräsentativ-demokratische System an sich, dass *PSOE* mit den Vorläuferparteien von *PP* nach dem Tod Francos etabliert hatte und das sich in der Verfassung von 1978 manifestierte. *UP* stellt immer mehr den Übergang von der Diktatur zur Demokratie (*transición*) in Frage, auf die Spanien so stolz ist und das Spanien in die Familie Europas geführt hatte.

Eine weitere, tiefere Schicht der Polarisierung dürfte ein fundamental unterschiedliches Welt-, Gesellschafts- und Familienbild zwischen den Lagern sein, das derzeit nicht mit Verhandlungen aufgelöst werden kann. Die skizzierten gesellschaftspolitischen Gesetze folgen der Überzeugung ins-besondere von *UP*, dass Parteien, Familie, Kirche, aber auch der repräsentative Parlamentarismus im Kern undemokratische Institutionen seien, die den Einzelnen unterdrückten. Von diesen „Mächten“ müsse das Individuum befreit und emanzipiert werden. Sichtbare Zeichen sind die zum Teil schon umgesetzten Forderungen, dass Minderjährige ohne Zustimmung der Eltern ab-treiben oder ihr Geschlecht umwandeln können sollen. Aus dem Bildungssystem sollen die Eltern immer weiter herausgedrängt werden, um staatlichen Stellen freiere Hand über die Festlegung von Bildungsinhalten zu geben. Diese transportieren zunehmend die Ideologie und Weltanschauung von *UP* und *PSOE* in den Unterricht. Eine objektivere politische Bildung existiert in Spanien (noch) nicht. Auch soll das klassische Familienbild überwunden werden. Das Familienministerium veröffentlichte eine Grafik mit 16 unterschiedlichen Familienkonzepten.

Alle Maßnahmen dienen aus Sicht der Linken dem „Fortschritt“ und der „Modernisierung“ Spaniens, während die „Konservativen“ das alte Spanien bewahren wollten.

Diese Schablonen sind unzulässig vereinfachend. Die *PP* stemmt sich aus tiefer Überzeugung diesen Trends entgegen. Aus ihrer Sicht hat die Linksregierung die Gesellschaft gespalten statt den Zusammenhalt zu fördern. Aus Sicht der *PP* sind viele Maßnahmen, die als Fortschritt angekündigt wurden, für die Menschen, die Frauen, die Alten, die Jugend etc. in ihrer faktischen Auswirkung eher Rückschritt.

In einer unserer nächsten Analysen werden wir uns den Wertefragen und spezieller dem Kultur- und Bildungsthema widmen, um ein tieferes Verständnis der politischen Grundströmungen zu gewinnen. Dann wollen wir auch das „Gesetz zur demokratischen Erinnerung“ (*Ley de memoria democrática*) in den Blick nehmen, das ein fundamental unterschiedliches Verständnis der politischen Lager auf Erinnerungskultur, Demokratie und den Umgang damit offenbart.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Ludger Gruber

Auslandsmitarbeiter

Auslandsbüro Spanien und Portugal

www.kas.de/spanien

ludger.gruber@kas.de

Quelle Fotos: Depositphotos España



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)